

## Aide Mémoire

### Querschnittsthema / Länderthema:

#### Philippinen

#### Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Im vergangenen Jahr hat sich vor allem die Situation der indigenen Lumads in Mindanao wesentlich verschlechtert. Damit kommt es zum ersten Mal seit dem Amtsantritt Aquinos wieder zu mehr Menschenrechtsverletzungen, auch wenn diese noch regional begrenzt bleiben. Nach Angaben des UNHCR mussten allein im Jahr 2015 17.000 Lumads aus ihren Dörfern fliehen. Viele Menschenrechtsverletzungen werden paramilitärischen Gruppen zugeschrieben, mit denen das Militär in der Aufstandsbekämpfung gegen die kommunistische NPA zusammenarbeitet und die wohl auch von diesem finanziert werden. Unabhängige Indigenenschulen werden systematisch von Militär und Paramilitärs mit der Behauptung attackiert, diese würden der NPA als Ausbildungslager dienen. Bergbauvorhaben und Großplantagen auf indigenen Gebieten sind ein weiterer Grund für Vertreibung. Paramilitärische Gruppen können hier ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung ungestört durchsetzen.

Im Kampf gegen die Straflosigkeit wurden keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Erstmals wurde im März 2016 ein Polizist unter dem Antifoltergesetz von 2009 verurteilt. Ansonsten wurde im vergangenen Jahr nur in einem Fall eines politischen Mordes eine Verurteilung eines Täters erreicht. Damit bleiben weiterhin tausende Fälle gravierender Menschenrechtsverletzungen aus den letzten Jahrzehnten unbestraft.

Äußerst besorgniserregend ist die Wahl von Rodrigo Duterte, der im Wahlkampf immer wieder gegen Menschenrechte polemisiert und ankündigt hatte in der Verbrechensbekämpfung auf extralegale Hinrichtungen zurückgreifen zu wollen. Während seiner 22-jährigen Amtszeit als Bürgermeister von Davao City hatte das sogenannte Davao Death Squad nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen über 1400 Kleinkriminelle und Straßenkinder ermordet. Auch hat Duterte angekündigt Sicherheitskräfte vor Untersuchungen durch die Justiz zu schützen. Damit besteht die Gefahr, dass die wenigen Erfolge im Kampf gegen die Straffreiheit wieder zunichte gemacht werden.

Sehr zu begrüßen war die Philippinenreise des damaligen Menschenrechtsbeauftragten Strässer im September 2015, der sich in Treffen mit einer Vielzahl von Vertreter/innen der Zivilgesellschaft ein umfassendes Bild der Menschenrechtssituation im Land verschaffen konnte. Bedauernd war allerdings, dass es im Anschluss kein öffentliches Statement gab, wodurch die Wirkung der Reise im Land sicherlich hätte gesteigert werden können. Erfreulich ist auch, dass die Deutsche Botschaft von vielen lokalen NGOs mittlerweile als einer der wichtigsten internationalen Ansprechpartner in Menschenrechtsfragen wahrgenommen wird, was auch auf das besondere Engagement von Botschafter Ossowski zurückzuführen ist.

#### Handlungsempfehlungen:

- Fordern Sie die neue philippinische Regierung auf, sich bedingungslos zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards zu bekennen.
- Die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit der EU sind solange auszusetzen, bis die philippinische Seite hier verbindliche Zusagen macht. Sollte es unter der Administration Duterte zu einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation kommen, muss den Philippinen der GSP+-Status wieder aberkannt werden.
- Die philippinische Armee muss sich an die Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts halten und insbesondere Angriffe auf Zivilisten beenden.
- Alle Angriffe gegen Indigenenschulen, gegen Lehrer, Schüler und deren Eltern sind unverzüglich einzustellen. Vor der Zulassung von Bergbauprojekten auf anerkannten Ahnengebieten von Indigenen ist deren freie, vorausgehende und informierte Zustimmung einzuholen (free, prior and informed consent).
- Alle paramilitärischen Verbände müssen in die regulären Streitkräfte eingegliedert oder anderenfalls aufgelöst werden.
- Die Friedensverhandlungen mit der New People's Army sollen wieder aufgenommen werden.